

Letzte Fragen vor der Abstimmung

In knapp drei Wochen stimmen die Mitglieder von sechs Kirchgemeinden an der Urne über den Zusammenschluss zu einer einzigen Kirchgemeinde ab – am Mittwochabend hat eine Informationsveranstaltung dazu stattgefunden.

KLEINDÖTTINGEN (nm) – Veränderungen können Ängste auslösen. Das zeigte sich auch bei der Informationsveranstaltung zur Abstimmung über den Zusammenschluss der sechs Kirchgemeinden Döttingen, Klingnau, Koblenz, Leibstadt, Schwaderloch und Leuggern-Kleindöttingen am 18. Mai. Ein Kirchenmitglied äusserte die Sorge, dass im Falle einer Annahme die Anonymität zunehmen und das Persönliche verloren gehen könnte. Dies könnte dazu führen, dass mehr Menschen aus der Kirche austreten, weil der Vorgang unauffälliger erscheint.

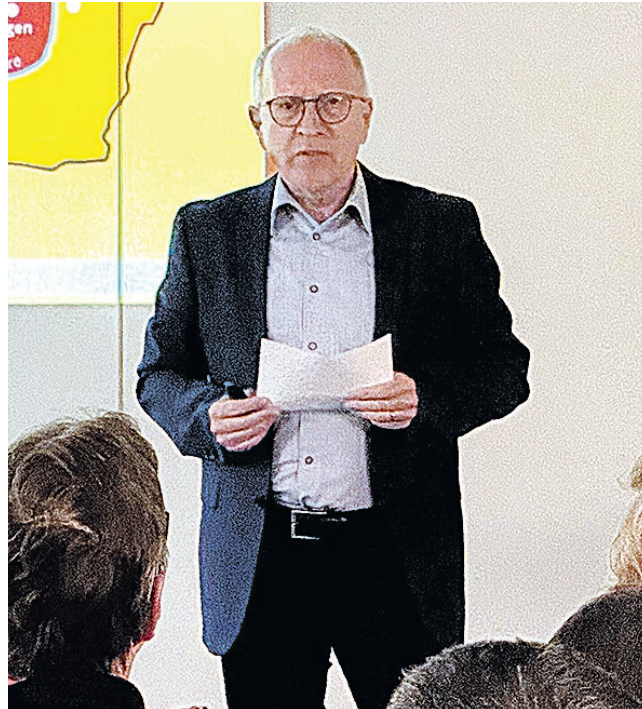
Beat Elsener, Präsident des Zweckverbandes Aare-Rhein, zeigte Verständnis für diese Bedenken. Gleichzeitig stellte er die Frage, wie die bekannten Probleme – zunehmender Verwaltungsaufwand, administrative Doppelspurigkeit und Personalknappheit – langfristig und auf andere Weise gelöst werden sollen. Eine lösungsorientierte Antwort blieb aus.

Keine Auswirkungen auf Pastoralraum

Es war eine von mehreren Frage- und Diskussionsrunden, bei denen Elsener zusammen mit Hans Lichtsteiner, einem Experten für Zusammenschlussprojekte – der auch an diesem Projekt mitwirkt – die wichtigsten Informationen zur Fusion der Kirchgemeinden am Mittwochabend im Pfarreizentrum Kleindöttingen vorstellte. Lichtsteiner erinnerte dabei an die erfolgreiche Zusammenarbeit seit 2019, bei der die Pfarreien bereits einen gemeinsamen Pastoralraum bilden. Auch auf staatskirchenrechtlicher Seite sei dies möglich. Das Ziel der Fusion ist, die Finanz- und Verwaltungsarbeiten sowie die Infrastruktur- und Personalfragen zu optimieren. Statt beispielsweise für jede der sechs Kirchgemeinden ein eigenes Budget und eine eigene Rechnung zu erstellen, ist künftig nur noch eines für die neue Kirchgemeinde Aare-Rhein vorgesehen. Das spare Zeit, Kosten und Personalaufwand. Es gehe aber nicht nur darum, Einsparungen zu erzielen. Vielmehr sei das Ziel, effizienter zu werden, attraktiver auf dem Arbeitsmarkt zu sein und die Zusammenarbeit mit anderen Instanzen zu verbessern. Der Zusammenschluss hat zudem keine Auswirkungen auf den Zustand oder die Tätigkeit des Pastoralraumes. Aufgaben wie Taufen, Erstkommunion oder Firmungen bleiben unverändert.

Personalabwanderung wird zur Herausforderung

Ein weiterer Aspekt der Fusion ist die Reduzierung der Kirchenpflegemitglieder: Statt der aktuellen 30 Mitglieder wird es nur noch sieben geben. In diesem Zusammenhang fragte ein Kirchenmitglied, wie der hohe Aufwand mit weniger Personal weiterhin bewältigt werden kann. Lichtsteiner erklärte dazu: «Gerade im Bereich Bau, Unterhalt, Finanzen und Buchhaltung ist es so, dass eine einzelne Person diese Aufgaben nicht mehr allein übernehmen kann. Deshalb haben wir ein Modell im Blick, bei dem wir beispielsweise das Versicherungswesen, die gesamte Buchhaltung und Baufragen an externe Dienstleister vergeben. Diese



Beat Elsener gibt Auskunft über die wichtigsten Infos zur Abstimmung über den Zusammenschluss der Kirchgemeinden.



Hans Lichtsteiner stellt sich den Fragen der Mitglieder.



Die Anwesenden haben einige Fragen an die zwei Referenten Elsener und Lichtsteiner.

übernehmen die eigentliche Arbeit, während wir in der Kirchenpflege eine sachkundige Person benötigen, die überwacht und sicherstellt, dass die Arbeit fachlich korrekt ausgeführt wird.» Die Personalrekrutierung stellt allerdings eine der grössten Herausforderungen dar. Immer weniger Freiwillige sind bereit, ein Amt zu übernehmen. Auf der Pastoralseite wird zudem erwartet, dass in den nächsten zehn Jahren rund 40 Prozent der Mitarbeitenden in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig sinken die Mitgliederzahlen in den sechs Kirchgemeinden: von 7997 auf 7455 in den letzten zwei Jahren, und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Besonders in Schwaderloch ist die Situation angespannt: Dort gibt es derzeit nur noch drei statt der üblichen fünf Kirchenpflegemitglieder. Sollte sich die Zahl weiter verringern, würde die Kirchgemeinde unter Zwangsverwaltung gestellt werden. In Anbetracht dieser Herausforderungen

könnte eine Fusion zumindest kurz- und mittelfristig für Entlastung sorgen, insbesondere was die erforderliche Anzahl an Kirchenpflegemitgliedern betrifft.

Synode hat einen Auftrag erhalten

Ein weiteres Thema, das zur Sprache kam, war die Sorge, wie sichergestellt wird, dass jede Pfarrei in der Kirchenpflege vertreten ist. Ein Kirchenmitglied fragte, ob nicht Kandidaten aus grösseren Pfarreien aufgrund der höheren Zahl an Mitgliedern eine bessere Chance auf eine Wahl hätten. Lichtsteiner entgegnete: «Im Zusammenarbeitsvertrag gibt es einen Passus in den Übergangsbestimmungen, der das Wahlprozedere für die kommenden Wahlen regelt. Darin ist festgelegt, dass jede Pfarrei in der Kirchenpflege vertreten sein muss.» Zudem wurde von der Region Rohrdorferberg, wo bereits eine Fusion von fünf Kirchgemeinden erfolgreich umgesetzt wurde,

die Idee eingebracht, künftig Wahlbezirke einzurichten. Diese Möglichkeit wurde bereits mit dem kantonalen Rechtsdienst besprochen. Allerdings ist eine solche Regelung im aktuellen Statut der Landeskirche noch nicht vorgesehen. Die Synode hat daher den Auftrag erhalten, die notwendigen Grundlagen zu schaffen, damit diese Möglichkeit künftig umgesetzt werden kann. Der Kirchenrat muss bis zum ersten Halbjahr 2025 eine Berichterstattung vorlegen, in der erläutert wird, wie dieses Thema weiter angegangen wird. Elsener und Lichtsteiner sind zuversichtlich, dass die Abstimmung zugunsten des Zusammenschlusses ausgeht. Sollte dies der Fall sein, wird die Kirchgemeindeordnung im Juni 2025 von der Synode genehmigt. Der operative Beginn der neuen Kirchgemeinde Aare-Rhein ist für den 1. Januar 2026 vorgesehen. Bei einer Ablehnung des Projekts wird es im Mai 2025 beendet.